„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochsausgabe 12—32 Seiten stark.
"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Herrn Konsul Dr. Lorenz zum Abschied.

Wie schon im „Courier" offiziell mitgeteilt wurde, verläßt der Deutsche Konsul in Winnipeg, Herr Dr. Max Lorenz, seinen dortigen Posten, um einer anderen ehrenvollen Berufung Folge zu leisten.

Diese Nachricht hat gewiß in den weitesten deutschcanadischen Kreisen sehr lebhaftes Bedauern ausgelöst, bedeutet sie doch, daß das westcanadische Deutschtum dadurch einen keineswegs geringen Verlust erleidet. Herr Konsul Dr. Lorenz hat seit etwa 2½ Jahren eine außerordentlich segensreiche und fruchtbringende Tätigkeit in seinem weitausgedehnten Amtsbezirke vom Roten Fluß (Red River) bis zur Küste des Pazifischen Ozeans entfaltet. Die Provinzen Manitoba, Saskatchewan, Alberta und Britisch Columbien bilden das weite Gebiet des Deutschen Konsulats in Winnipeg. Ueber diesen ungeheueren Länderkomplex zerstreut liegen die deutschen Siedlungen, die sich des besonderen Wohlwollens des scheidenden Deutschen Konsuls erfreuten. Hier ist auch das große Aufnahmebecken gelegen, in das sich der Hauptstrom der neuen deutschen Einwanderung in den letzten Jahren ergießt. Auch daraus ergeben sich für ein Deutsches Konsulat wichtige Aufgaben, denen Herr Konsul Dr. Lorenz mit dem ihm eigenen sympathischen Taktgefühl vollauf gerecht geworden ist.

Man müßte den Rahmen eines solchen Artikels weit überschreiten, wollte man die verdienstvolle Wirksamkeit des scheidenden Freundes der deutschcanadischen Sache gebührend und in ganzem Umfange würdigen. Die leider allzu kurze Zeit seines Aufenthaltes im canadischen Westen war ausgefüllt mit unermüdlichem Bemühen um die Förderung eines aufrichtigen und kräftigen Gemeinschaftsgeistes unter allen Deutschsprechenden, ohne Unterschied ihres Herkunftslandes, ihrer Konfession, ihrer Standeszugehörigkeit. Er selbst ist von diesem Geiste zutiefst durchdrungen. Wer sich durch Abstammung und Sprache mit dem deutschen Volkstum verbunden fühlt, durfte und darf in Herrn Dr. Lorenz einen warmherzigen Freund erblicken, der jederzeit hilfsbereit und entgegenkommend, mit Rat und Tat in allen Anliegen und Schwierigkeiten zur Verfügung stand. Er wuchs so gewissermaßen über seine amtliche Stellung als Vertreter des Deutschen Reiches in Westcanada hinaus und wurde zum Freund, Berater und Helfer des gesamten westcanadischen Deutschtums. Sein herzliches Verhältnis zu den deutschen Kirchengemeinschaften, den deutschsprachigen Vereinen, der deutschen Presse des Westens wird ihm ein dauerndes und außerordentlich wohlwollendes Andenken gewährleisten. Die von ihm bei festlichen Gelegenheiten gehaltenen Reden fanden jederzeit ein dankbares und anerkennendes Echo. Sein feines Verständnis für deutsche Musik, Kunst und Literatur trug in nicht geringem Maße zur Ermunterung deutsch-kultureller Bestrebungen bei.

Darüber hinaus wurde er aber auch durch sein repräsentatives Auftreten, durch seinen vornehmen Takt und sein Wirken für freundschaftliche canadisch-deutsche Beziehungen zu einem gerngesehenen Gast in weiten nichtdeutschen Kreisen. Hohe Regierungsstellen unseres Landes, englische Gesellschaftskreise, sportliebende Zirkel — sie alle wußten den amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches zu schätzen, luden ihn zu offiziellen und anderen Veranstaltungen ein und erwiesen ihm häufig ein seltenes Entgegenkommen. Ohne Zweifel war und ist diese feine gesellschaftliche Stellung auch von günstigen Rückwirkungen auf anderen Gebieten begleitet gewesen.

Wir glauben gewiß allen Deutschcanadiern des Westens aus dem Herzen zu sprechen, wenn wir dem scheidenden Deutschen Konsul Herrn Dr. Lorenz ein dankbares und aufrichtiges Lebewohl entbieten und ihm ebenso reichen Erfolg wie hier für sein zukünftiges Tätigkeitsgebiet wünschen. Er darf das frohe Bewußtsein hegen, daß sein Wirken auf canadischem Boden der deutschen Sache zu noch größerem Ansehen und reicherer Entfaltung ihrer kulturellen Kräfte verholfen hat, und daß dieses sein Wirken, so kurz es leider auch war, doch unvergessen bleiben wird.

Sir Clifford Siftons Ableben.

Sir Clifford Sifton, dessen plötzliches Ableben am letzten Mittwoch aus New York gemeldet wurde, erwarb sich einen großen Namen hauptsächlich durch seine erfolgreiche Einwanderungspolitik als Minister des Innern im Laurier-Kabinett. Seine Einwanderungspolitik verhalf dem Lande zu einem mächtigen Aufschwung. Clifford Sifton war wohl geeignet für diesen wichtigen Posten, da er erstens ein Mann von großer Willensstärke mit konstruktiven Fähigkeiten und zweitens ein echter Mann des Westens war, der von der Notwendigkeit durchdrungen war, daß der Westen eine tüchtige ackerbautreibende Bevölkerung brauche.

Nachdem er drei Jahre ein Mitglied des Manitoba-Parlaments war, wurde er zum Attorney General und Minister für Erziehung in der Greenway-Regierung ernannt, und es war während dieser Zeit, daß die Schulfrage in Manitoba so heftig die Gemüter zu einem Kulturkampfe entfachte, welcher in der Dominionpolitik im Jahre 1896 eine schwere Krisis hervorrief. Herrn Siftons energische Verteidigung provinzialer Rechte auf der einen Seite und die Anstrengungen der konservativen Regierung auf der anderen Seite, die damals in Ottawa am Ruder war, die provinziale Autorität durch die sog. Remedial Bill unwirksam zu machen, führten zum Sturze der konservativen Föderalregierung und zum Aufstieg der liberalen Laurier-Regierung.

Sir Wilfrid stellte aus den verschiedenen Provinzen ein Kabinett zusammen, das sehr hervorragend war inbezug auf Ansehen und Fähigkeit seiner Mitglieder. Clifford Sifton wurde ersucht, das Ministerium des Innern zu übernehmen und zu jener Zeit war die Einwanderungs-Abteilung ein Zweig dieses Departments. Er setzte große Hoffnungen auf die Möglichkeiten einer agressiven und wohlgeleiteten Einwanderungspolitik. In Ottawa war man dazumal noch nicht begeistert über die Einwanderungssache, aber Sir Wilfrid Laurier ließ seinem Minister freie Hand. Das glänzende Resultat ist heute allen bekannt.

Sir Clifford Sifton war ein energischer politischer Kämpfer; seine Einwanderungspolitik wurde von seinen politischen Gegnern heftig angegriffen. Heute aber wird allgemein zugegeben, daß seine Arbeit in Verbindung mit der Belebung des Einwanderungszustromes von der allergrößten Wichtigkeit für den Aufbau Canadas war.

Auch in anderen öffentlichen Stellungen hat Sir Clifford Sifton dem Lande unschätzbare Dienste geleistet. Es mag ohne Uebertreibung gesagt werden, daß wohl kein Canadier jemals so viel für die Entwicklung und den Fortschritt Canadas getan hat wie Clifford Sifton.

Die himmelschreiend ungerechten Friedensverträge.

Der englische Zeitungsmagnat Viscount Rothermere äußert sich in der „London Evening News" über die Wahrscheinlichkeit eines kommenden Krieges. Daß mit dieser Wahrscheinlichkeit gerechnet werden müsse, so führt er in einem längeren Artikel aus, sei nicht die Schuld der Völker, sondern die Schuld der führenden Staatsmänner. Die große Gefahr für den Weltfrieden liege in den Friedensverträgen. Durch diese Verträge seien in Mitteleuropa neue Grenzen gezogen worden, ohne Rücksicht auf Rechtsansprüche, auf ethnographische, geographische oder wirtschaftliche Verhältnisse. Daher herrsche in Mitteleuropa eine stetige Unzufriedenheit und Reibung, die unfehlbar zu einem neuen Kriege führen müsse.

Durch den Trianon-Vertrag sei Ungarn in unentschuldbarer Weise verstümmelt worden. Das sei eine große Gefahr. Dieselbe Ungerechtigkeit sei im Vertrage von St. Germain an Oesterreich zugunsten der Tschechoslowakei begangen worden. Ebenso abstoßend müsse auf jeden Menschen, der die Grenzregulierung in Ostpreußen näher studiert, die Trennung Deutschlands von Ostpreußen durch den polnischen Korridor wirken; jenem Ostpreußen, das im dreizehnten Jahrhundert bereits durch die deutschen Ordensritter erobert wurde. Ein grausamer Notbehelf, um den Polen den Weg zur Ostsee freizumachen. Diejenigen, die für die Haltung der Alliierten verantwortlich seien, wüßten am besten, auf welch' schwachen Füßen die Sicherheit stehe. Der verstorbene Marschall Foch, der sich in den letzten Jahren viel mit diesen Fragen beschäftigt habe, habe einem Besucher gegenüber erklärt, daß in Ostpreußen auf Grund des Korridors der nächste Krieg ausbrechen dürfte.

Viscount Rothermere richtet zum Schluß an das britische Auswärtige Amt die Frage, was es zu unternehmen gedenke, um die drohende Kriegsgefahr beizeiten zu begegnen. Auf den Pakt von Locarno könnten die Völker nicht bauen. Die das tun wollten, würden ebenso töricht handeln wie jemand, der sich einem Rettungsseil anvertraue, das nur noch aus einer Faser bestehe.

Es hat ziemlich lange gedauert, bis Lord Rothermere zu der ganzen Größe der durch die Friedensverträge für Europa heraufbeschworenen Gefahren erwacht ist. Bisher hat er sich nur für das verstümmelte Ungarn eingesetzt. Nun ist auch ihm die Erkenntnis gekommen, daß die an Ungarn begangene Ungerechtigkeit nicht die einzige himmelschreiende Ungerechtigkeit ist, die die „Pariser Friedenskonferenz" begangen hat, nicht die einzige Gefahr, die wie eine drohende Wolke über Europa liegt.

Weltumschau

Reichstag tritt wieder zusammen. Das rekonstruierte Kabinett des Kanzlers Müller ist bereits zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Diese Sitzung galt in erster Linie der Einführung der drei Zentrumsmitglieder Theo. Guerard, Adam Stegerwald und Josef Wirth in ihre resp. Ressorts der Justiz, des Verkehrswesens und der besetzten Gebiete. Sie wurden von ihren Kollegen herzlich willkommen geheißen und Kanzler Müller gab dem Wunsch auf ein harmonisches Zusammenarbeiten Ausdruck. Im übrigen wurden in der heutigen Sitzung nur Routinengeschäfte erledigt.

Der Reichstag tritt am kommenden Montag wieder zusammen und Kanzler Müller wird dann die neuen Minister vorstellen und für sein rekonstruiertes Kabinett ein Vertrauensvotum fordern. Die erste dringliche Aufgabe der neuen Regierung wird sein, das revidierte Budget mit seinen Deckungsvorlagen unter Dach und Fach zu bringen. Inzwischen dürfte an die so wichtige Reparationsfrage an sie herantreten, sobald die Sachverständigen in Paris ihre Arbeit beendigt haben.

Oesterreichs polit. Krise dauert an. Die seit einiger Zeit zwischen den Christlich-Sozialen und den Sozialdemokraten geführten Verhandlungen zur Ueberwindung der politischen Krise, die durch den Rücktritt des Bundeskanzlers Ignatz Seipel geschaffen wurde, haben sich zerschlagen. Der Abbau des Mieterschutzgesetzes bildet nach wie vor den Stein des Anstoßes. Bezüglich desselben konnte zwischen beiden Parteien keine Einigung erzielt werden und die gehegten Hoffnungen auf das Zustandekommen einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft haben sich als trügerisch erwiesen. Früher am Tag hatte es geheißen, die Aussichten auf die Erwählung des Landeshauptmanns der Steiermark Dr. Anton Rintelen durch den Nationalrat seien die denkbar besten. Diese Annahme war zum mindesten verfrüht. Dr. Rintelen gehört der Partei der Christlich-Sozialen an.

Die Sozialdemokraten, welche die städtische Verwaltung Wiens kontrollieren, bestehen darauf, daß die Frage des Abbaus des Mieterschutzgesetzes den Stimmgebern in der allgemeinen Wahl von 1931 zu unterbreiten sei, bis dahin aber alles beim alten bleiben müsse. Durch diese Haltung versuchen sie sich die Gunst der Massen zu erhalten, die sich der billigen Hausmietern erfreuen.

Die Christlich-Sozialen auf der anderen Seite, welche die stärkste Partei in der Bundesregierung darstellen, arbeiten auf eine vollständige Aufhebung dieses Mieterschutzgesetzes hin, das sie für konfiskatorisch und ruinös für die Hausbesitzer erklären.

Die beiden Parteien kamen schließlich überein, die Lösung dieser Frage von der Bildung einer neuen Regierung und deren Zusammensetzung abhängig zu machen. Da sich nun aber alle Versuche der Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Christlich-Sozialen und Sozialisten zerschlagen haben, geht der Kampf um das Mieterschutzgesetz weiter.

Polens neues Kabinett. Präsident Moscicki von Polen, hat das von Casimir Switalski gebildete neue Kabinett gebilligt, das die Regierung von Premier Bartel ablöst. Marschall Pilsudski bleibt Kriegsminister und August Zaleski behält die Führung der Außenpolitik. Nur vier neue Persönlichkeiten erscheinen im Kabinett. Die neuen Minister sind: Oberst Alexander Peystor, Soziale Wohlfahrt und Arbeit; Oberst Ignaci Boerner, Post- und Telegraphenwesen; M. Boguschwal, Minister für Erziehungswesen und Oberst Ignaci Matuschewski amtierender Finanzminister.

Russischer Abrüstungs-Vorschlag abgelehnt. Das Projekt der russischen Sowjetregierung für eine sofortige Reduzierung der Weltabrüstung um 50 Prozent stieß auf allgemeine Opposition, als es vor der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf als erster Beratungsgegenstand behandelt wurde. Japan, Deutschland, Frankreich und Chile vereinigten sich in ihrem Widerspruch gegen den Sowjetvorschlag, den die Kommission als ersten Beratungsgegenstand zugelassen hatte, um zur Entscheidung zu kommen, ob er anstelle des Abrüstungsplanentwurfs der Kommission selbst zur Unterlage für die zukünftigen Bemühungen der Kommission gemacht werden könne. Die Aufnahme des Vorschlags bei den verschiedenen Delegationen zeigte jedoch an, daß wenig Aussicht für die Annahme des russischen Planes vorhanden ist.

Trotzky in Norwegen unerwünscht. Die norwegische Regierung hat beschlossen, Leon Trotzky, den ehemaligen Diktator von Sowetrußland, die Einreise nach Norwegen zu verweigern, da Norwegen nicht die Verantwortung seiner Sicherheit übernehmen kann. Das „Arbeider-Bladet", eine Arbeiter Zeitung, äußerte, daß Oscar Torp, Präsident der Arbeiter-Partei, und andere Arbeiterführer, mit Premier Ludwig McWinkel über die Zulassungsfrage in Sachen Trotzkys beraten hätten.

Mexikos Revolution am Ende? Mexikos Hauptstadt erwartet zu Beginn der 7. Woche seit Ausbruch der Rebellion gespannt die Entscheidung des Rebellengenerals Leopoldo Rabatte in Sonora, ob er die von Präsident Gil geforderte bedingungslose Unterwerfung annehmen wird, oder den Kampf fortsetzt.

Sollte er sich unterwerfen, so würden dadurch alle Rebellentruppen, die der General Francisco Manzo kommandierte, ehe er, nach den Ver. Staaten flüchtete, kaltgestellt, und man sieht darin das Ende der Revolution. Lediglich versprengte Trupps verblieben dann noch, die von den Bundestruppen fast umzingelt sind.

General Rabattes Angebot, sich zu unterwerfen, falls ihm und seinen 6000 Soldaten Milde garantiert wird, ist in der Bundeshauptstadt eingetroffen, und kam nicht unerwartet, nachdem 2000 Regierungstruppen in Guaymas gelandet wurden. General Rabatte wurde vom Präsidenten instruiert, seine Truppen in Nogales, Sonora, zusammenzuziehen und weiter Instruktionen von General Calles zu erwarten, falls er die Bedingungen der Regierung annimmt.

Dadurch würde Nogales wieder in den Besitz der Regierung gelangen und so den Rebellen der letzte Ausgang nach den Ver. Staaten versperrt werden, um auf neutrales Gebiet vor den Bundestruppen zu flüchten.

Temperenz Wahlfrage in England. Nach Darlegung des „Sunday Expreß" dürfte in der kommenden Parlamentswahl, die nur noch 6 Wochen entfernt ist, die Temperenzfrage eine Wichtige Rolle spielen. Geraume Zeit schon haben die „Trockenen" ihre Gefolgschaft aufgeboten, sagt das Blatt, doch ist dies in aller Stille geschehen, so daß das Land die Lage noch nicht erkannt hat. Nach Berechnung des Blattes werden eineinhalb bis zwei Millionen Stimmgeber, die auf die Temperenzsache verpflichtet sind, an die Wahlurne schreiten.

Die Trockenen haben nicht versucht, eigene Kandidaten aufzustellen, jedoch Anordnungen getroffen, um ihre Stimmenzahl demjenigen Kandidaten ohne Unterschied der Partei zuzuwenden, der Temperenzreform verspricht. Angedeutet wird, daß in verschiedenen Wahlkreisen die Trockenen das entscheidende Votum haben.

Im Hauptquartier der Temperenzbewegung wird erklärt, 30,000 energische Kampagneredner seien über das ganze Land verteilt und sie werden ihre Aufmerksamkeit besonders den jungen Männern und Frauen widmen, die zum ersten Male ihr Stimmrecht ausüben werden, zumal die weiblichen Wähler jetzt in England in der Mehrheit sind.

In weiter Ausführung sagt der „Daily Expreß": „Es war das Frauenvotum, welches Prohibition in Amerika durchsetzte, und viele Frauen in England treten für die gleiche Sache mit großer Begeisterung ein. Zu befürchten ist nicht ein plötzliches Auftauchen von Prohibition, sondern etwas tiefer Liegendes. Sollten im Mai 2 Millionen Stimmen für Temperenz abgegeben werden und bei künftigen Wahlen diese Zahl sich noch vermehren, so dürfte das Land eines Tages noch einer allgemeinen Wahl zu der Erkenntnis aufwachen, daß eine Mehrheit der Mitglieder des Unterhauses für Temperenzreform verpflichtet ist. Dieser ansehnliche Temperenzfeldzug wird aber von dem Getränkehandel nicht ernst genommen."

Das Blatt erwähnt noch die folgende Aeußerung eines Beamten: „Temperenzreformer sind im Unrecht, wenn Sie meinen, daß sie die jungen Wähler für ihre Sache haben. Das Votum der „Cocktail Flappers" ist größer als das Votum der „Sonntagsschul Flapper", die einer lärmenden Minorität angehören."

Konservative Wahlkniffe in England. Schatzkanzler Winston Churchill scheint der Ansicht zu sein, daß der Weg zu den Herzen und zu den Stimmen der Briten und Britinnen durch ihre Teetassen geht. Denn er machte im Unterhause seine Budgetrede dadurch zu einer Wahlkampf-Fanfare, daß er die kommende Abschaffung der seit den Zeiten der Königin Elisabeth, also seit mehr als 300 Jahren, in England bestehenden Teesteuer kündigte.

Die Abschaffung dieser Steuer von Vierpence pro Pfund, die für den 22. Mai angesetzt ist, wird der britischen Regierung eine Einnahmeneinbuße von 6,150,000 Pfund im Jahre verursachen. Abgeschafft wird laut einer weiteren Ankündigung des Schatzkanzlers auch die Besteuerung der Wetten, weil sie, wie er sagte, ein Fehlschlag und schwer einzutreiben gewesen sei.

Die Gesamtziffer der Einnahmen des Britenreiches veranschlagte der Schatzkanzlers zum Schluß auf 826,680,000 Pfund, die Gesamtziffer der Ausgaben auf 822,584,000 Pfund, rechnete also einen Ueberschuß von 4,096,000 Pfund heraus. Er sagte, daß Premier Baldwin demnächst die Wahlplattform der konservativen Partei bekanntgeben würde, aber die Liberalen und Arbeitsparteiler blieben dabei, daß Churchill's Rede als das Wahlkampfmanifest seiner Partei anzusehen sei, zumal da er während ihrer Dauer keine Gelegenheit vorübergehen ließ, die Oppositionsparteien heftig anzugreifen, und sich überdies bemühte, immer wieder eine Besserung der Wirtschaftslage und der Arbeitslosigkeit zu versprechen, wobei er den Laboriten in einem fort das Unheil aufmutzte, das sie mit ihrem Generalstreik angerichtet hätten.

Was Großbritanniens Rüstungen betrifft, erklärte Churchill, die größten Ersparnisse — etwa $37,000,000 — seien von den Konservativen gerade auf diesem Gebiete gemacht worden, seitdem sie im Jahre 1924 ans Ruder gekommen seien. Größere Beschneidung der Rüstungsetats hänge von Verträgen mit anderen Ländern ab, die, befürchtete er, nicht so leicht zustande kommen würden, als man hoffe, und die, selbst wenn sie zustande kämen, durch den absoluten Sicherheitsbedarf der britischen Reichseinheit eingeschränkt werden müßten. Im Marineetat könnten keine großen Abstriche gemacht werden, ohne Großbritannien unter die Norm der jeder einzelnen anderen Macht gewachsenen Seemacht zu bringen und ohne die Wasserwege des Reiches zu gefährden, was verhängnisvoll sein würde.

Auch die Weiterentwicklung der Luftmacht könne nicht eingeschränkt werden sagte er, „ohne das Land der Gnade gerade desjenigen Nachbarn auszuliefern, dem gegenüber wir unausgesetzt der Liebedienerei bezichtigt werden und bei dem Anstoß zu erregen, Herr Lloyd George niemals zu beschäftigt zu sein scheint."

Aufstandsbewegung in Französisch-Afrika. In Französisch-Aequatorial-Afrika ist eine Aufstandsbewegung ausgebrochen, die nach neuesten Darlegungen aus dem Kongo zurückgekehrter Europäer besonderen Umfang angenommen hat und auch schon auf Belgisch-Kongo übergreift. In Paris werden diese Nachrichten unterdrückt, weil der neue große Eingeborenenaufstand mit französischen Einfällen in friedliche Negerdörfer zur Gewinnung von Soldaten und Arbeitskräften für militärische Zwecke zusammenhängt. Lange wird sich die Verschleierungspolitik aber kaum durchführen lassen; denn die Bewegung ist sehr ernst. Sie machte sich im französischen Bangi-Distrikt zuerst bemerkbar. Die aufrührerischen Stämme haben die Dörfer rings um die vorgeschobenen Militärposten der Franzosen niedergebrannt, einige dieser Posten überrannt, sich vor allem der weißen Offiziere bemächtigt und zahlreiche andere Europäer erschlagen. Die gefangenen Offiziere und andere Weiße haben sie den französischen Behörden mit der Erklärung namentlich gemeldet, daß sie als Geiseln betrachtet und niedergemacht würden, falls französische Truppen sich innerhalb fünfzig Meilen um Bangi am Mobangifluß zeigen würden.

Eine britische Ansicht über Weltlage und Reparationen.

In der neuesten Nummer der britischen Monatsschrift „Foreign Affairs" erscheint ein langer Artikel Norman Angells unter dem Titel „Sea Power, Finance and America", der eine ungewöhnlich interessante Schilderung der augenblicklichen Weltlage bildet. In demselben sucht Angell darzutun, daß Deutschland als völlig entwaffnete Nation besser daran sei, als die meisten seiner bis an die Zähne bewaffneten Nachbarn. Die Alliierten hätten es längst aufgegeben, die Deutschen mit Gewalt ihres Eigentums zu berauben. Wörtlich schreibt er: „Die offenbare und nicht abzuleugnende Wahrheit ist die, daß wir es aufgegeben haben, von Deutschland Zahlungen zu erzwingen und den Versuch nicht zu wiederholen beabsichtigen, seinen Reichtum durch Einfälle und Beschlagnahmungen uns anzueignen. Wir verhandeln jetzt nur auf der Basis eines Uebereinkommens: Was will Deutschland zahlen und was kann es zahlen? Die Angelegenheit artet schon mehr in eine Komödie und Burleske aus. Der einzige Weg, auf welchem wir Zahlungen erhalten haben, besteht darin, daß wir Deutschland vorher das Geld geliehen haben, welches es uns zahlt. Und wahrscheinlich wird dieser Prozeß so weitergehen."

Ein Freund deutschen Unterrichts.

Der Bundes-Kommissar des Erziehungswesens der Ver. Staaten, Dr. William John Cooper, der früher Staats-Schulsuperintendent von Californien war, hat in Bezug auf den Unterricht in deutscher Sprache und Literatur in den Schulen Amerika's großzügigere Ansichten wie sein aus Tennessee gebürtiger Vorgänger, Dr. John James Tigert. Letzterer war schon unter der Coolidge'schen Administration zurückgetreten, erhielt aber erst kürzlich einen Nachfolger, der auf Empfehlung bekannter Schulmänner noch von Präsident Coolidge ernannt worden war. Dr. Cooper hält es für die Hauptaufgabe seines Amtes, die Schulen von jeder Art von Politik freizuhalten. Infolgedessen steht der neue Bundes-Kommissar des Erziehungswesens dem Unterricht in der deutschen Sprache und Literatur freundlicher gegenüber wie sein Vorgänger. Der Lehrerstand des Landes hatte sich mit der Ernennung Dr. Coopers, der allein durch pädagogische Erfolge dazu gelangte, im höchsten Grade einverstanden erklärt.

Deutsch in New Yorker Stadtschule.

Die Kenntnis der deutschen Sprache wird am New Yorker City College vom nächsten Semester an wieder so bewertet werden, wie vor dem Weltkriege. Dr. Frederick B. Robinson, der Präsident des City College, machte soeben bekannt, daß mit der Ernennung von Professor Edwin Roedder, der bisher einen Lehrstuhl an der Wisconsiner Universität innehatte, zum Vorsteher der deutschen Abteilung am City College Aenderungen in den Lehrfächern Platz greifen würden. Die Studenten müssen vom nächsten Semester an durch Bestehen der Prüfung beweisen, daß sie eine genügende Kenntnis der deutschen Sprache besitzen, welche als eine der modernen Sprachen gilt, deren Kenntnis gefordert wird.

Die Wiedererhebung der deutschen Sprache auf dasselbe Niveau, auf dem sie sich vor dem Kriege befand, ist, wie es hieß, darauf zurückzuführen, daß die Kenntnis des Deutschen beim Studium der Wissenschaften nachgerade unumgänglich notwendig geworden ist.

Die deutsche Sprache in Südwest-Afrika.

Wie die Windhuker Allgemeine Zeitung meldet, beabsichtigen die deutschen Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung, eine Abordnung an die Unionsregierung zu entsenden, um das Ersuchen zu stellen, daß die deutsche Sprache nunmehr als dritte offizielle Sprache in Südwestafrika neben Englisch und Kapholländisch anerkannt wird. Man hat sich dazu entschlossen, diesen Schritt jetzt zu unternehmen, da das Ende der dreijährigen Frist herannaht, innerhalb deren die Regierung sich verpflichtet hatte, keine Aenderungen der Verfassung vorzunehmen.

O welche Lust, tschechischer Soldat zu sein . . .

Der tägliche Soldatenselbstmord in der Tschechoslowakei.

In der k. u. k. Armee der weiland Donaumonarchie kamen Soldatenselbstmorde recht selten vor. Nahm sich aber zufällig ein Soldat tschechischer Abkunft das Leben, so beeilten sich seine „Landsleute", im Parlament Lärm zu schlagen und gegen den österreichischen Militarismus zu donnern.

Das heutige tschechische Ministerium für Nationalverteidigung gibt sich alle Mühe, die Soldatenselbstmorde nach Möglichkeit zu vertuschen. Und eine parlamentarische Erörterung dieses Skandalkapitels der großtschechischen Verwaltung findet überhaupt nicht statt; bis auf die kommunistische gibt es keine Partei, die wagen würde, diese mehr als peinliche Angelegenheit öffentlich aufzurollen.

Das hat seine Gründe. Die haarsträubende Statistik der Soldatenselbstmorde in der Tschechoslowakei (sie ist nur den Mitgliedern des Wehrausschusses zugänglich) spricht nämlich Bände! Anno 1925 gab es 116 Soldatenselbstmorde, 1926 waren es 187, 1927 bereits 211, und im vergangenen Kalenderjahre stieg die Zahl auf 236! Beinahe täglich ein Selbstmord in der Armee; das ist doch wohl ein bisher von keinem Lande erreichter Rekord.

In den ersten Jahren der Republik erklärte die Militärverwaltung, an der ständigen Zunahme der Soldatenselbstmorde sei die Nachkriegspsychose schuld. Volle elf Jahre nach dem Kriege ist es aber schwer, mit dieser abgedroschenen Phrase Glauben zu finden, und da die Zahl der Selbstmorde jährlich steigt, muß man hierfür schon die inneren Zustände in der Armee selbst verantwortlich machen. Es ist vielleicht kein reiner Zufall, daß von den 42 Selbstmorden mit tödtlichem Ausgang im vergangenen Jahre 8 Fälle, also ein Fünftel, in der Garnison Olomouc vorkamen! Hier regieren nämlich die berüchtigten Legionäre, dereinstige Hochverräter und spätere Nationalhelden. Diese „Elite-Truppe" der Tschechoslowakei herrscht heute noch unumschränkt über die ihr anvertraute Mannschaft. In und außer Dienst. Ein preußischer Regimentskommandeur der alten Zeit war kein so großer Herr wie ein Legionär-Unteroffizier, der die ihm mißliebigen Soldaten ungestraft schikanieren kann. Umso mehr, als ein Beschwerderecht praktisch nicht besteht. Ueberdies sind hier auch die Offiziere ehemalige Legionäre, und das besagt alles!

Daß sich die Legionäre nicht gerade durch Deutschfreundlichkeit auszeichnen, dürfte allgemein bekannt sein. Und da nimmt es weiter gar nicht wunder, daß, während „nur" 23 v. H. der Gesamtbevölkerung der Tschechoslowakei deutsch sind, die prozentuelle „Beteiligung" des schikanierten Deutschtums an der Soldatenselbstmorden volle 45 v. H. beträgt!

Da ist jeder Kommentar überflüssig. Es handelt sich um keine Nachkriegspsychose, sondern um einen neuen Beweis dafür, wie die von Herrn Benesch in die Welt posaunte „Konsolidierung" in Wirklichkeit aussieht.

Vom Deutschtum in Sibirien.

Seit etwa zwei Jahren machen sich in den deutschen Dörfern des Pawlodarer Bezirks kulturelle Regungen bemerkbar. Man gründete deutsche Schulen. Es wurde in den meisten deutschen Kolonien eine Selbstbesteuerung durchgeführt, wodurch Mittel für deutsche Schulen, Lesehallen usw. beschafft wurden. Heute bestehen eine deutsche Zentralschule in Pawlodar, 20 Dorfschulen und zwei deutsche Lesehallen. Es gelang, die meisten deutschen Schulen mit Unterrichtsmaterial, deutschen Lehrbüchern und Schreibutensilien zu versehen. Die deutschen Kolonisten haben mit ihrem Schulaufbau die anderen Nationalitäten des Gebietes stark überflügelt. Kommt doch bei ihnen ein Lehrer auf 300 Einwohner, bei den anderen ein Lehrer auf 2000 Einwohner.

— Es ist verlorene Liebesmühe, von Einigkeit der Welt zu reden, wenn man nicht einmal mit seinem Nachbar Frieden halten kann.